

Lukas Menkhoff

Deutschland effizienter verteidigen: Mit welchen Partnern?

Deutschlands massiv steigende Verteidigungsausgaben wären effizienter eingesetzt, wenn die Rüstungsgüter innerhalb Europas stärker vereinheitlicht würden. Eine EU-weite Lösung scheint derzeit unrealistisch. Abkommen für einzelne Produkte, wie Kampfflugzeuge, bleiben zwar wichtig, aber punktuell. Eine Zwischenlösung könnte die enge Kooperation einiger Länder sein, um die Beschaffung und Produktion von Rüstungsgütern zu vereinheitlichen. Das setzt Bereitschaft zu hohen Verteidigungsausgaben und zu einem gewissen Verzicht auf nationale Souveränität voraus. Verschiedene Indikatoren zeigen, dass diese Bereitschaft am ehesten auf nordeuropäische Länder und die Niederlande zutrifft. Die Effizienzgewinne für Deutschland allein könnten einige Milliarden Euro jährlich betragen.

In einer Welt, in der zwischenstaatliche Konflikte nicht nach den Regeln der Vereinten Nationen, sondern mit der Macht des Stärkeren geklärt werden, ist eine starke Verteidigung unerlässlich. Deutschland erhöht dafür seine Verteidigungsausgaben beträchtlich, von unter 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor wenigen Jahren auf 3,5 % des BIP bis 2029. Dies erfordert hohe Ausgaben für Ausrüstung, wobei um die 80 % dieser Ausgaben bisher bei Firmen in Deutschland erfolgte (Wolff et al., 2025). Allerdings reichen die Skalenerträge in der deutschen Rüstungsproduktion nicht aus, um effizient zu produzieren (Dorn, 2024); dies trifft auch generell auf die fragmentierte europäische Rüstungsindustrie zu. Würde es zu konsequenter Kooperation und Vereinheitlichung kommen, ließen sich allein in Deutschland jährlich hohe Milliardenbeträge sparen.

Deutschland ist derzeit erpressbar

Die Glaubwürdigkeit einer Abschreckung durch die NATO, jedenfalls bei einem potenziellen Gegner vom Kaliber Russlands, steht und fällt derzeit mit der Haltung der Vereinigten Staaten. Diese Haltung hat sich aber in den letzten Jahren, vor allem mit der Präsidentschaft von Donald Trump ab Januar 2025, fundamental geändert. Selbst wenn die Bereitschaft, alle Mitgliedsländer mit allen Mit-

teln zu verteidigen, nicht offiziell in Frage gestellt wird, so hat das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Schutzversprechens doch stark abgenommen. Schlimmer noch, es könnte sein, dass dieses Schutzversprechen in Zukunft noch stärker ausgenutzt wird, um auf anderen Feldern Vorteile auszuhandeln. Nüchtern konstatiert war Europa immer schon erpressbar, nur haben die USA davon nicht wirklich Gebrauch gemacht; das ändert sich gerade (Kempin et al., 2026).

Um mittelfristig also nicht als Vasall der USA, als Beute Russlands oder als Opfer anderer erpresserischer Staaten zu enden, wird die Frage virulent, mit welchen Partnern Deutschland seine Verteidigung schnell und wirksam stärken könnte. Neben hohen Ausgaben kann auch eine gesteigerte Effizienz der Ausgaben durch enge Partnerschaft mit Nachbarländern in der Ausrüstung der Streitkräfte die Lage verbessern. Diese Partnerschaft würde bedeuten, die Ausrüstung der Streitkräfte generell und unbefristet gemeinsam zu beschaffen, bevorzugt bei Firmen der beteiligten Länder. Eine Konsequenz ist der Verzicht auf nationale Selbstständigkeit in der Produktion zahlreicher Rüstungsgüter. Dies erfordert zwischen den beteiligten Ländern eine hohe langfristige Gleichheit der Verteidigungsbereitschaft und gesellschaftlichen Grundüberzeugungen.

Ich danke Ines Weyland für wertvolle Unterstützung.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Lukas Menkhoff ist Senior Researcher am Kiel Institut für Weltwirtschaft und am DIW Berlin, sowie Professor (em.) der Humboldt-Universität zu Berlin.

Grundlegende Überlegungen

Solch eine Partnerschaft bei der Beschaffung und zunehmend auch bei der Produktion von Rüstungsgütern ist keine Konkurrenz zu bestehenden Institutionen. NATO und EU mit ihren Aufgaben und Institutionen bleiben unberührt. Es spricht auch nichts gegen Versuche die Verteidigungsanstrengungen in Europa zu harmonisieren oder die Vision gemeinsamer EU-Streitkräfte anzustreben (Wolff et al., 2025; Kempin et al., 2026). Die untersuchte Partnerschaft ist eine spezielle Koalition von Willigen, die auf ein Ziel – Steigerung der Effizienz ihrer Verteidigungsausgaben – begrenzt ist. Der folgende Beitrag geht von drei Überlegungen aus:

- *Erstens* soll sich die Prüfung geeigneter Partner auf Länder in geografischer Nähe zu Deutschland konzentrieren, um die Logistik einfach und im Krisenfall robust zu halten.
- *Zweitens* soll die Prüfung geeigneter Partner auf Indikatoren beruhen, die möglichst die durch ihr Handeln zum Ausdruck gebrachten Präferenzen potenzieller Partner anzeigen und nicht formale Erklärungen.
- *Drittens* sollen solche Indikatoren möglichst empirisch messbar sein, um die Prüfung und letztlich die Auswahl geeigneter Partner transparent zu machen.

Nicht auf EU-Entscheidungen warten

Es ist naheliegend, die Partner deutscher Verteidigung im Rahmen der schon bestehenden Institutionen der EU zu suchen. Allerdings, wie bereits oft festgestellt, ist die EU außen- und verteidigungspolitisch nicht angemessen handlungsfähig (früh beispielsweise Schäuble & Lamers, 1994). Das liegt an ihrem Mandat, an den heterogenen Interessen der Mitgliedsländer und an den langsamen Entscheidungsprozessen. Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer (2025) formulierte bezogen auf die Entscheidungsfähigkeit der EU sehr drastisch: „Diese Bla-Bla-Institutionen – sie machen mich krank. Sie sind ein Zeichen von Schwäche.“ Man hätte vielleicht erwarten können, dass der Angriffskrieg Russlands auf ein Nachbarland die Situation ändert, indem er zu einer starken Solidarisierung innerhalb der EU führt (Gehring, 2022, mit Bezug auf den russischen Angriff 2014). Solch eine Solidarisierung könnte die Präferenzen in der EU harmonisieren und Entscheidungen erleichtern. Leider ist davon wenig zu erkennen, wie auch die folgenden Indikatoren zeigen, die über Verteidigungsbereitschaft und gesellschaftliche Grundüberzeugungen empirisch informieren.

Vorauswahl möglicher Partnerländer

Welche Länder in geografischer Nähe zu Deutschland engagieren sich wie stark für die Verteidigung? Um dies zu

beurteilen, werden drei Indikatoren herangezogen: (1) die aktuellen Verteidigungsausgaben relativ zur Wirtschaftskraft, (2) das Tempo, mit dem diese erhöht werden sollen, sowie (3) die Ausgaben zur Unterstützung der Ukraine bei ihrer Verteidigung, wieder im Verhältnis zur eigenen Wirtschaftskraft gemessen. Grundsätzlich werden alle EU-Staaten berücksichtigt. Allerdings werden Malta und Zypern wegen ihrer entfernten Insellage außer Acht gelassen; Österreich wird wegen seiner Neutralität nicht berücksichtigt. Irland verbleibt in der Gruppe potenzieller Partnerländer, wegen seiner Abkommen mit der NATO. Jenseits der EU werden die NATO-Mitglieder Großbritannien und Norwegen berücksichtigt, während die Schweiz wegen ihrer Neutralität nicht in Betracht kommt. Damit verbleiben 25 potenzielle Partnerländer.

Verlässliches Verteidigungsinteresse

Offenbarte Präferenzen einzelner Länder für eine starke Verteidigung sind eine gute Basis für Partnerschaft, weil es dann ein gleich gerichtetes Interesse gibt. Obwohl sich die NATO-Mitglieder längst auf ein Ziel für die nationalen Verteidigungsausgaben von jährlich 2 % des BIP geeinigt hatten und im Jahr 2025 beschlossen haben, dieses auf 3,5 % (plus 1,5 % Ausgaben für weitere verteidigungs- und sicherheitsrelevante Bereiche) bis zum Jahr 2035 zu erhöhen, gehen die Länder sehr unterschiedlich damit um. Spalte (1) in Tabelle 1 gibt für alle potenziellen Partnerländer in Europa den Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP für das Jahr 2025 an, wobei die Länder alphabetisch angeordnet sind. Deutschland liegt im Mittelfeld. Die östlichen und nördlichen Länder geben tendenziell mehr für Verteidigung aus, vermutlich auch deshalb, weil sie geografisch näher an Russland liegen (Wolff et al., 2025, S. 8).

Neben dem Status quo ist die Dynamik von Interesse. Wie schnell wollen die Länder das hohe Ziel im Jahr 2035 erreichen? Deutschland strebt die volle Umsetzung beispielsweise bereits bis 2029 an. Hier messen wir der Einfachheit halber die vermiedene Verzögerung in Jahren seit dem Beschluss in 2025, sodass hohe Werte vorteilhaft sind. Polen z. B. hat das Ziel bereits 2025 erreicht und vermeidet so 10 Jahre Verzögerung, bekommt also den maximalen Wert 1 zugewiesen. Deutschland will das Ziel 2029 erreichen, vermeidet demnach 6 Jahre Verzögerung (Wert von 0,6), während manche Länder unklar über ihren Pfad der Zielerreichung bleiben, sodass eine Realisierung erst für 2035 angenommen wird. Demnach beträgt die vermiedene Verzögerung 0. Die Werte der betrachteten Länder sind in Spalte (2) von Tabelle 1 abgetragen.

Ein dritter Indikator ist die Bereitschaft, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf materiell zu unterstützen. Dies zeigt

Tabelle 1

Sechs Indikatoren zu Verteidigungsbereitschaft und Grundüberzeugungen potenzieller EU-Partnerländer

Land		(1) aktuelle Verteidigungs- ausgaben relativ zum eigenen BIP ¹	(2) Dynamik, mit der die Verteidigungs- ausgaben erhöht werden sollen ²	(3) Ausgaben zur Unter- stützung der Ukraine bei ihrer Verteidigung relativ zum eigenen BIP ³	Summe Spalte (1)-(3)	(4) Werte des Voice and Accountability Index ⁴	(5) Wertegerüst ⁵	(6) Zustimmung der jeweiligen Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft ⁶	Summe Spalte (4)-(6)
BE	Belgien	2,0	0	0,7	2,7	1,3	2,8	2,8	6,9
BG	Bulgarien	2,1	0	0,3	2,4	0,3	0,1	2,7	3,1
DK	Dänemark	3,2	1,0	3,0	7,2	1,6	3,9	3,5	9,0
DE	Deutschland	2,1	0,6	0,7	3,4	1,4	3,1	3,2	7,6
EE	Estland	3,4	1,0	2,8	7,2	1,2	1,6	3,1	5,9
FI	Finnland	2,8	0	1,3	4,1	1,6	3,2	3,4	8,2
FR	Frankreich	2,0	0	0,3	2,3	1,1	2,4	2,8	6,3
GR	Griechenland	2,8	0	0,1	2,9	1,0	-0,0	2,9	3,8
GB	Großbritannien ⁷	2,4	0	0,7	3,1	1,3	2,7	2,0	6,0
IE	Irland	0,2	0	0,1	0,3	1,4	2,7	3,2	7,3
IT	Italien	2,0	0	0,1	2,1	1,1	1,1	2,6	4,8
HR	Kroatien	2,0	0	0,6	2,6	0,6	0,2	2,6	3,4
LV	Lettland	3,7	1,0	1,8	6,6	0,9	0,8	3,1	4,8
LT	Litauen	4,0	1,0	2,3	7,3	1,0	0,7	3,3	5,0
LU	Luxemburg	2,0	0	0,4	2,4	1,5	3,6	3,2	8,3
NL	Niederlande	2,5	0	1,1	3,6	1,5	3,2	3,4	8,1
NO	Norwegen	3,4	1,0	1,7	6,1	1,8	4,0	2,0	7,7
PL	Polen	4,5	1,0	0,9	6,4	0,6	0,2	2,6	3,3
PT	Portugal	2,0	0	0,2	2,2	1,3	0,1	3,0	4,4
RO	Rumänien	2,3	0,5	0,2	3,0	0,6	-1,2	2,7	2,1
SE	Schweden	2,5	0,3	1,6	4,4	1,5	4,2	3,2	8,9
SK	Slowakei	2,0	0	0,7	2,7	0,9	1,1	3,0	5,0
SI	Slowenien	2,0	0	0,2	2,2	0,9	2,0	2,8	5,7
ES	Spanien	2,0	0	0,1	2,1	1,0	2,0	3,1	6,2
CZ	Tschechien	2,0	0	0,3	2,3	1,0	2,2	2,8	6,0
HU	Ungarn	2,1	0	0,0	2,1	0,4	0,6	2,9	3,9

¹ Verteidigungsausgaben 2025 (% des BIP), Quelle: NATO (2025); SIPRI (2025). ² Vermiedene Verzögerung bis das Ziel von 3,5 % Verteidigungsausgaben erreicht ist, Werte: 1 (> 3 % 2025), < 1 (2035 – Jahr des geplanten Erreichens), Quelle: eigene Recherche. ³ Gesamtbetrag bilaterale Zuweisungen an die Ukraine 2022 bis 2025 (% des BIP 2021), Quelle: Trebesch et al. (2023). ⁴ Voice and Accountability Index der Weltbank 2021, Quelle: Ballon & Albuquerque (2024). ⁵ WVS Cultural Map Index 2017 bis 2020 (-5 traditionell/Überlebenswerte, +5 säkular-rational/Selbstverwirklichung), Quelle: World Values Survey (2023), The Inglehart-Welzel World Cultural Map; Belgien: Mittelwert aus FR und NL, Irland: Wert von GB, Luxemburg: Mittelwert aus BE und NL. ⁶ Wertschätzung der EU in der Bevölkerung 2024, Quelle: European Commission (2018, 2024); die Werte für Großbritannien und Norwegen sind nicht verfügbar, sondern werden angenommen. ⁷ steht hier für das Vereinigte Königreich.

Quelle: eigene Darstellung.

zweierlei: Zum einen wird die militärische Verteidigung materiell unterstützt, zum anderen zeigt sich ein gewisses Maß an Solidarität neben unzweifelhaftem Eigeninteresse. Die kumulierten Leistungen relativ zum BIP werden in Spalte (3) von Tabelle 1 abgetragen. Wieder geht die räumliche Nähe zu Russland mit stärkerer Unterstützung einher, obwohl dieselben Länder bereits mehr in die eigene Verteidigung investieren.

Ähnliche Grundüberzeugungen

Neben der offenbarten Verteidigungsbereitschaft geht es auch um ähnliche Grundüberzeugungen zwischen potenziellen Partnerländern. Da eine gemeinsame Verteidigung ein Unterfangen gleichsam auf Leben und Tod ist, und Verteidigungsverträge gleich welcher Art unvollständig sind, ist es notwendig, dass nicht nur gemeinsame Interessen,

sondern auch gemeinsame Grundüberzeugungen geteilt werden. Ansonsten ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die Partner bei entsprechenden Abwerveversuchen ausscheren oder im schlimmsten Fall die Seite wechseln könnten. Solche Grundüberzeugungen werden hier über drei Dimensionen erfasst.

Startpunkt der Überlegungen ist aus deutscher Sicht eine Ähnlichkeit der Partner hinsichtlich der deutschen „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Diese Grundordnung ist komplex, und man kann nicht erwarten, dass jedes Land exakt dieselben Institutionen teilt. Dennoch sollte die Demokratie der Partnerländer ähnliche Züge haben; eine Partnerschaft z. B. mit einer illiberalen Demokratie scheint schwer vorstellbar. Um diese Grundordnung zu erfassen, wird der breit gefasste „Voice and Accountability“-Index der Weltbank herangezogen, der auf einer Vielzahl populärer Demokratieindizes aufbaut. Die Werte dieses Index für europäische Länder werden in Spalte (4) von Tabelle 1 dargestellt. Innerhalb der EU gibt es beträchtliche Differenzen, wobei Deutschland mit nordeuropäischen Ländern am oberen Rand liegt.

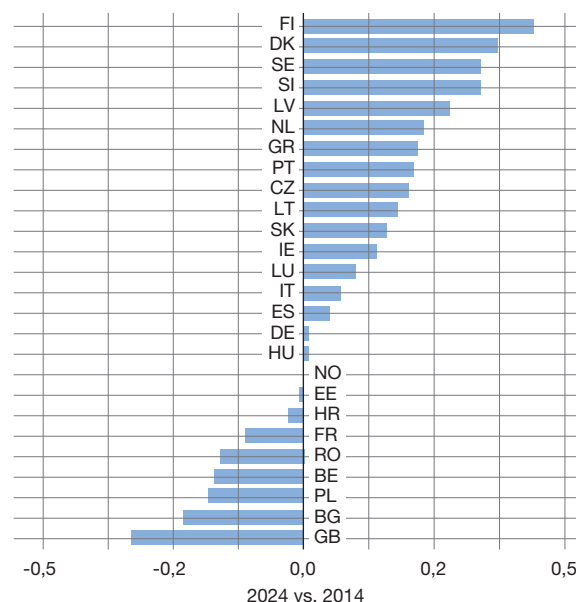
Vielleicht grundsätzlicher als die Art demokratischer Institutionen ist das dahinterstehende Wertegerüst. Inglehart und Welzel (2005) haben aus den Angaben der Befragten aus den rund 90 teilnehmenden Ländern des World Values Survey zwei Dimensionen an Werten extrahiert, um Kulturen zu charakterisieren: *erstens* die Dimension „traditionelle vs. säkular-rationale“ Werte und *zweitens* die Dimension „Überleben vs. Selbstverwirklichung“ als Werte.¹ Beide Dimensionen sind positiv miteinander verbunden, sodass im Folgenden die Werte der Einfachheit halber addiert werden, um zu einem eindimensionalen Index zu gelangen (Menkhoff, 2023). Die Kombination aus säkular-rational und Selbstverwirklichung entspricht demnach tendenziell deutschen Werten. Die konkreten Werteangaben der europäischen Länder sind in Spalte (5) von Tabelle 1 abgetragen.

Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

Ein weiterer Gesichtspunkt, der eine belastbare Verteidigungskooperation signalisiert, ist die generelle Bereitschaft eines Landes zur Kooperation mit anderen Ländern. Als Indikator dient die Zustimmung der jeweiligen Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft. Die Ergebnisse dieser Antworten aus der Befragung Eurobarometer für das Jahr 2024 sind in Spalte (6) von Tabelle 1 abgetragen. Für die beiden Nicht-Mitglieder Großbritannien und Norwegen setzen wir einen Wert von 2,0 an, das ist auf der Skala von 1 bis 4 (Mitgliedschaft schlecht bis gut) deutlich unter den tiefsten Werten für Polen (2,56)

¹ Beide Dimensionen werden jeweils über fünf Befragungs-Items erfasst, die dann mittels einer Faktoranalyse verdichtet werden.

Abbildung 1
Veränderung der Wertschätzung der EU in der jeweiligen Bevölkerung (2024 vs. 2014)



Frage: „Könnte das Land (XY) außerhalb der EU besser für die Zukunft aufgestellt sein?“ Werte: 1 (Stimme zu), 4 (Stimme nicht zu). Wert für Norwegen (NO) 2014 ist nicht verfügbar und wird deshalb mit 2,0 angenommen.

Lesebeispiel: Für Deutschland (DE) lag der Befragungswert der Zustimmung der Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft im Jahr 2014 bei 3,15 und 2024 bei 3,16. Die leicht positive Veränderung (+ 0,01) ist hier dargestellt.

Quelle: European Commission (2018, 2024), eigene Darstellung.

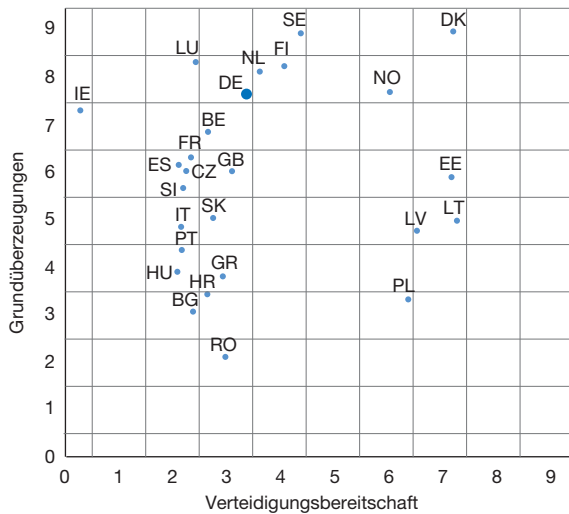
und Kroatien (2,65). Über die zehn Jahre von 2014 bis 2024 betrachtet sind die Zustimmungswerte recht konstant geblieben. Über die gesamte EU hinweg gesehen hat sich die Zustimmung leicht erhöht, wie Abbildung 1 zeigt, allerdings nicht in einem Ausmaß, dass man von einer großen Solidarisierungswelle sprechen könnte.

Synthese der Indikatoren

Zur Integration der Information aus den sehr verschiedenartigen Quellen mit ihren jeweils eigenen Dimensionen werden nun Gesamtwerte getrennt für Verteidigungsbereitschaft und Grundüberzeugungen gebildet. Um das Verfahren einfach und möglichst transparent zu gestalten, werden die Werte der jeweils drei Indikatoren addiert. Für Deutschland ergibt dies einen Gesamtwert für Verteidigungsbereitschaft von 3,38 (2,12 + 0,6 + 0,66) und bei den Grundüberzeugungen von 7,65 (1,43 + 3,06 + 3,16). Die Werte aller weiteren berücksichtigten Länder ergeben sich in gleicher Weise aus den Daten der Tabelle 1. Eine grafische Darstellung der Synthese der sechs Indikatoren in zwei Dimensionen liefert Abbildung 2. Auf der x-Achse sind die Werte für die Verteidigungsbereitschaft abgetragen, auf der y-Achse die Werte

Abbildung 2

Länderwerte für Verteidigungsbereitschaft und Grundüberzeugungen



Berechnung: Verteidigungsbereitschaft (Summe Spalte (1)-(3) aus Tabelle 1), Grundüberzeugungen (Summe Spalte (4)-(6) aus Tabelle 1).

Quelle: eigene Berechnungen.

für Grundüberzeugungen. Alle Länder, die in der Nähe von Deutschland liegen, zeigen ähnliche Werte bei Verteidigungsbereitschaft und Grundüberzeugungen und sind daher präferierte Verteidigungspartner.

Mögliche Partnerländer

Die Analyse mittels verschiedener Indikatoren für geeignete EU-Partnerländer Deutschlands im Verteidigungsbereich deutet darauf hin, dass die naheliegendsten Partner die nordischen Länder sind: Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden geben anteilig am BIP noch mehr für Verteidigung aus als Deutschland und sind in ihren gesellschaftlichen Grundüberzeugungen sehr ähnlich zu Deutschland. Auch die Niederlande zählen zu den naheliegendsten Partnern, da ihre Positionierung der von Deutschland nahezu entspricht. Rein rechnerisch würden alle genannten Staaten zusammen die deutsche Wirtschaftskraft und Bevölkerung um rund 60 % erweitern (siehe Tabelle 2, Partner BIP (1)). Das ist zwar beträchtlich, aber kein Durchbruch. Für höhere gemeinsame Skalenerträge müsste wohl zusätzlich ein großer europäischer Staat dabei sein; in dieser Analyse vor allem Großbritannien. Mit ihm zusammen ergäbe sich eine Bevölkerung von 198,5 Mio. Menschen mit einem BIP von 10,5 Bio. € (Partner BIP (2)). Natürlich wäre eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich (zudem Belgien und Luxemburg) wünschenswert, aber hier gehen die Präferenzen für Verteidigungsausgaben schon weiter auseinander; noch stärker gilt dies für Italien und Spanien. Anders gelagert ist der Fall der baltischen Staaten, wo die Grundüberzeugun-

Tabelle 2

Mögliche Kooperationen

Land	BIP (Mrd. €) ¹	Bevölkerung (Mio) ²	Partner BIP (1)	Partner BIP (2)	Partner BIP (3)
Deutschland	4.329,0	83,5	✓	✓	✓
Dänemark	392,4	6,0	✓	✓	✓
Finnland	276,0	5,6	✓	✓	✓
Norwegen	446,9	5,6	✓	✓	✓
Schweden	558,7	10,6	✓	✓	✓
Niederlande	1.122,5	18,0	✓	✓	✓
Großbritannien	3.405,4	69,2		✓	
Frankreich	2.919,9	68,6			✓
Belgien	620,3	11,9			✓
Luxemburg	86,2	0,7			✓
EU	18.016,2	450,2			
USA	27.100,0	340,1			
China	17.316,9	1.409,0			
Summe			7.125	10.531	10.752

¹ nom. BIP 2024 in Euro; USA, GB, China: BIP geteilt durch Wechselkurs.

² Bevölkerung 2024.

Quelle: World Bank (2024a, 2024b); ECB (2024).

gen gegenüber Deutschland deutlich abweichen; noch stärker trifft dies auf Polen zu.

Weitere Aspekte

Die vorgestellten Indikatoren bilden einen Vorschlag, der durch weitere Gesichtspunkte modifiziert werden kann. *Erstens* lassen sich die konkret gewählten Indikatoren in verschiedener Weise ergänzen oder ersetzen. Konkret könnte sich anbieten, die bestehenden Kapazitäten der Rüstungsindustrie zu berücksichtigen. *Zweitens* kann man Indikatoren unterschiedlich gewichten. Im konkreten Fall spielt für die zweite Summe der kulturelle Index (Spalte 5 in Tabelle 1) aufgrund seiner Varianz eine große Rolle. Würde man diesen Wert z. B. nur zur Hälfte berücksichtigen, würde Frankreich wieder ein wenig näher bei Deutschland liegen. *Drittens* gibt es weitere qualitative Gesichtspunkte, die bei einer Entscheidung eine Rolle spielen, wie konkrete Beispiele zeigen: Deutschland und Frankreich schaffen es bisher nicht, sich über die Modalitäten bei der Ausrüstung mit einem vollkommen neuen Kampfflugzeug zu einigen, sodass die hier vorgeschlagene Kooperation bereits scheitert. Ferner besteht die Sorge, dass bei einer rechtspopulistischen Mehrheit in Frankreich eine enge Zusammenarbeit im hier angedachten Sinn unmöglich wird, weil Frankreichs nationale Souveränität nicht eingeschränkt werden soll. Italien wiederum war zuletzt häufig ein „einfacherer“ Partner als Frankreich, zugleich bestehen Sorgen über die Ausrichtung der dortigen Regierung. Die Liste lässt sich verlängern.

Mögliche Kostenersparnisse

Neben einer entschlossenen und verlässlichen Verteidigung geht es bei der untersuchten Verteidigungspartnerschaft insbesondere um Einsparungsmöglichkeiten. Die gesamten Verteidigungsausgaben betragen in wenigen Jahren 3,5 % des BIP bzw. rund 250 Mrd. € in heutigen Preisen, wenn man von einer kleinen Gruppe an Partnerländern ausgeht (nordische Länder plus Niederlande). Davon könnten in der anhaltenden Ausrüstungsphase weiterhin rund 30 % auf Ausrüstung entfallen (Burilkov et al., 2025, S. 12). Die dort erreichbaren Skaleneffekte werden in verschiedenen Untersuchungen geschätzt, am klarsten vielleicht bei Wolff et al. (2025), die für die EU von rund 50 % Ersparnissen durch einheitliche Ausrüstung und entsprechende Skalierung ausgehen.² Wenn man also – auf eine kleinere Gruppe als die gesamte EU bezogen – die Skaleneffekte mit der Hälfte, d. h. 25 % ansetzt, ergäben sich immer noch jährliche Einsparungen von 21 Mrd. €. Diese können jedes Jahr realisiert werden, es gibt keine Qualitätsabstriche und in der gegenwärtigen Situation angespannter öffentlicher Haushalte kann die Neuverschuldung leichter begrenzt werden. Möglicherweise könnten auch zusätzliche positive dynamische Effekte entstehen, wenn Skalenerträge die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter stärken, sodass sie international weitere Marktanteile gewinnen und nochmals günstiger produzieren. Zugleich könnte die Konsolidierung der Rüstungsindustrie ihre Innovationsfähigkeit verbessern und positive Effekte auf den Privatsektor sowie die Gesamtwirtschaft entfalten.

Schlussfolgerung

Bei jeder ernsthaften Form europäischer Zusammenarbeit sind dicke Bretter zu bohren, denn die nationalen Interessen sind unverändert stark. In einer Zeit allerdings, in der es letztlich um den Fortbestand eines souveränen demokratischen Europas geht, könnte die Kompromissbereitschaft zugunsten besserer Verteidigungsfähigkeit größer als zuvor sein. Allerdings deuten alle Indizien darauf hin, dass dies nicht auf die gesamte EU zutrifft, in der die nationalen Beharrungskräfte wohl zu stark sind. Von daher wäre es vermutlich illu-

sorisch zum jetzigen Zeitpunkt auf die Bildung gemeinsamer Streitkräfte zwischen souveränen europäischen Staaten zu setzen. Vielleicht kann aber eine Verteidigungspartnerschaft freiwilliger Mitglieder, die sich auf Einkauf und Rüstung konzentriert, funktionieren und mittelfristig Integrationseffekte fördern. Die Bedeutung dieser Integration könnte steigen, indem sich weitere Staaten anschließen oder indem eine bestehende Partnerschaft vertieft wird.

Literatur

- Ballon, P. & Alburquerque, O. (2024). *Social Sustainability Global Database 2.0: A leap forward in data disaggregation*. The World Bank Group.
- Burilkov, A., Bushnell, K., Mejino-López, J., Morgan, T. & Wolff, G. B. (2025). Fit for war by 2030? European rearmament efforts vis-à-vis Russia. *Kiel Report*, Nr. 3.
- Dorn, F. (2024). Verteidigungsausgaben für die Sicherheit Europas – wie viel ist genug? *ifo Schnelldienst*, 77(9), 43–50.
- ECB – European Central Bank. (2024). *Statistical Data Warehouse (SDW): Exchange rates – Spot, annual frequency, USD/EUR*.
- European Commission. (2018). *Eurobarometer 81.4 (2014)*. (ZA5948; Version 3.0.0) [Data set], (Question: QA19a_3). GESIS.
- European Commission. (2024). *Eurobarometer 101.3 (2024)*. (ZA8843; Version 1.0.0) [Data set], (Question: QA11_2). GESIS.
- Fischer, J. (2025, 11. November). Zitiert nach Sophia Belliveau: „Machen mich krank“ – Joschka Fischer spricht über die größte Schwäche der EU. *Merkur.de*.
- Gehring, K. (2022). Can external threats foster a European Union identity? Evidence from Russia's invasion of Ukraine. *Economic Journal*, 132(644), 1489–1516.
- Inglehart, R. & Welzel, C. (2005). *Modernization, Cultural Change and Democracy: The Human Development Sequence*. Cambridge University Press.
- Kempin, R., Lang, K.-O. & von Ondarza, N. (2026). Koalitionen überall – Führung nirgends? Europas Verteidigung im Wildwuchs flexibler Formate. In B. Lippert & S. Mair (Hrsg.), *Mit, ohne, gegen Washington: Die Neubestimmung der Beziehungen Europas zu den USA* (SWP-Studie 3, S. 18–22). Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Menkhoff, L. (2023). Fremde Welt: Nur eine Minderheit teilt Deutschlands „Werte“. *Wirtschaftsdienst*, 103(8), 546–552.
- NATO. (2025). *Defence expenditure of NATO countries (2014-2025)*.
- Schäuble, W. & Lamers, K. (1994). *Überlegungen zur europäischen Politik*. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, mimeo.
- SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute. (2025). *Military expenditure by country as percentage of gross domestic product*. SIPRI Military Expenditure Database.
- Trebesch, C., Antezza, A., Bompreszi, P., Bushnell, K., Dyussimbinov, Y., Frank, A., Frank, P., Franz, L., Kharitonov, I., Kumar, B., Nishikawa, T., Rebinskaya, E., Schramm, S., Weiser, L. & Schade, C. (2023). The Ukraine Support Tracker. Which Countries Help Ukraine and How? *Kiel Working Paper*, Nr. 2218.
- Wolff, G., Steinbach, A. & Zettelmeyer, J. (2025). The governance and funding of European rearmament. *Bruegel Policy Brief*, Nr. 15/25.
- World Bank. (2024a). *World Development Indicators – GDP (current US-\$)*
- World Bank. (2024b). *World Development Indicators – Population, total*.
- World Values Survey. (2023). The Inglehart-Welzel World Cultural Map – World Values Survey 7 [Abbildung].

² In einem Beispiel geben Burilkov et al. (2025, S. 88) an, dass ein deutsches Produkt dreimal so teuer ist wie ein – gleichwertiges – US-amerikanisches Produkt.

Title: Defending Germany more efficiently: with which partners?

Abstract: Germany's rapidly rising defence spending would be put to more efficient use if defence equipment were standardised more widely across Europe. An EU-wide solution currently seems unrealistic. Agreements on individual products remain important, but are limited in scope. An interim solution could be close cooperation between a number of countries to standardise the procurement and production of defence equipment. This requires a willingness to incur high defence expenditure, and to relinquish a certain degree of national sovereignty. Various indicators suggest that this willingness is most likely to be found in Northern European countries and the Netherlands. The efficiency gains for Germany alone could amount to several billion euros annually.